

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

ZJ 131 Deutsche Bücherzeitung

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr.
 Nr. 1 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 3. Januar 1931

An der Schwelle zweier Jahre

„Die Zukunft noch ein fest verschlossenes Buch von ahnungsvollem Grauen bang umwittert,
 Die Gegenwart ein quälend Siechtum, das im Tod nur seine wahre Heilung findet,
 Und die Vergangenheit gab höhrend für einen Tropfen Freud ein Meer von Schmerz.“

Diese Worte haben ganz besondere Geltung für unser deutsches Volk, für das vergangen, und für das kommende Jahr. Ausgangspunkt für alle staats- und wirtschaftspolitischen Erwägungen ist und wird auch in der nächsten Zukunft unsere außenpolitische Lage sein. Zweifellos war die vollständige Räumung des Rheinlandes, welche das erste Ziel der deutschen Außenpolitik der vergangenen Jahre war, ein Erfolg für Deutschland. Wer den ungeheuren Jubel und die Festesfreude der rheinischen Bevölkerung miterlebt hat, kann ermessen, unter welchem seelischen Druck die Menschen am Rhein während der letzten zehn Jahre gestanden haben. Trotz dieses Erfolges muß gesagt werden, daß sich die außenpolitische Situation des deutschen Volkes im vergangenen Jahre eher verschlechtert als verbessert hat. Die Erleichterungen, welche der Youngplan uns bringen sollte, sind nicht eingetreten. Durch das starke Sinken der Weltmarktpreise sind, relativ gesehen, unsere Reparationslasten gestiegen. Jede Mark, welche wir dem Ausland an Reparationen zahlen müssen — darüber muß sich auch der letzte Deutsche klar sein, — fehlt uns im Inland. Hinzu kommt, daß durch die Handlungsweise verantwortungsloser Menschen im Inland das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft und zum deutschen Volk geschwächt wird. Unsere ungeklärten innerpolitischen Verhältnisse haben die seit Jahren betriebene, die deutsche Volkswirtschaft ungeheuer lähmende Kapitalflucht noch vergrößert. Dieselben Menschen, welche mit Schuld sind, daß wir im Innern nicht zur Ruhe kommen, bringen ihr Geld ins Ausland und entziehen so der deutschen Wirtschaft das unbedingt notwendige Kapital.

Diese Dinge haben wesentlich zu der ungeheuren Wirtschaftskrise beigetragen, wie wir sie im vergangenen Jahre erleben mußten und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Erwerbslosenzahlen haben phantastische Höhen erreicht. Es ist ein sehr schwacher Trost für uns, daß auch die anderen Industrieländer der Welt ähnliche wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Wenn England und Amerika in der Lage sind, auf Jahre hinaus diese große Arbeitslosigkeit zu tragen, so gilt dieses durchaus nicht für Deutschland. Das gesamte deutsche Volk muß sich darüber klar sein, daß 3-4 Millionen Menschen, welche arbeiten wollen, arbeiten können, aber auch arbeiten müssen um leben zu können, denen aber die Möglichkeit zum Arbeiten nicht gegeben ist, eine ungeheure Gefahr für den Bestand des Staates und der Gesellschaft sind.

Am stärksten an dem Erwerbslosenproblem interessiert ist natürlich die Arbeiterschaft. Einmal weil sie diese Gefahr...

Wenn trotzdem im wesentlichen das Erreichte gehalten werden konnte, so ist das ausschließlich auf die Aktivität der Gewerkschaften zurückzuführen. Diese Aktivität wiederum war nur möglich durch die treue und zähe Mitarbeit unserer Vertrauensleute im Lande. Nicht jene, welche abseitsstehen und nur nörgeln, haben die Arbeiterschaft vor größerem Schaden im vergangenen Jahre bewahrt, sondern jene, welche ohne auf Dank zu rechnen, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt haben. Die Zukunft wird zeigen, ob die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aus der Vergangenheit...

noch tobt der Kampf um die Sozialversicherung in unverminderter Heftigkeit weiter. Ganz besonders vor uns, als Bauarbeiter, liegen schwere Monate. Der Neuabschluss des Reichstarifvertrages und der Ablauf der Lohnstarife werden uns vor weittragende Entscheidungen stellen. Freunde, objektive Urteiler aus anderen Kreisen haben wir wenige, die Bruderverbände haben zu tun, um das eigene Haus zu schützen; wir werden nur auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein. Diese Tatsache in die Köpfe aller Bauarbeiter einzuhämmern, ist Aufgabe der nächsten Wochen. Nicht durch Demonstrationen, aber auch nicht durch verbittertes oder gleichgültiges Abseitsstehen, werden wir das Schicksal meistern können, das Letztere wäre das Gefährlichste. Die Wirtschaftskrise wird überwunden werden; wir haben nur dafür zu sorgen, daß diese Krise nicht benutzt wird, um die Arbeiterschaft um Jahrzehnte in ihrer Entwicklung zurückzuwerfen.

Die Arbeiterschaft will, das muß auch am Anfang dieses Jahres wieder klar und deutlich gesagt werden, keine Sonderstellung innerhalb des Staats- und Volkslebens. Was sie will, ist Arbeit, und durch ihre Arbeit den angemessenen Lebensunterhalt für ihre Familien erwerben. Dazu Gleichberechtigung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Allen Bestrebungen, die dahingehen, uns dieses Recht streitig zu machen, wird auch im kommenden Jahre die Christliche Gewerkschaftsbewegung den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Wir wollen auch in Zukunft, so wie wir es in der Vergangenheit getan haben, unsere Pflichten gegenüber Volk und Vaterland erfüllen.

Möge vor allen Dingen in unserem tiefgeprüften Lande der unselbige Bruderkampf, wie er leider im Jahre 1930 geführt wurde, im Jahre 1931 aufhören. Die jüngste Vergangenheit hat doch klar genug bewiesen, daß wir nur als Gesamtvolk aufsteigen oder als Gesamtvolk untergehen können. Hoffentlich führt die Not, von der gesagt wird, daß sie zusammenführt, auch das deutsche Volk endlich zusammen. Wir als christliche Arbeiter wollen auch hier helfen, soweit wir dazu in der Lage sind. Mit dem Glauben an das deutsche Volk verbinden wir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Wir glauben an unser Volk und hoffen auf die Zukunft, weil wir Volk und Vaterland lieben. Mit diesem Dreiklang des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe im Herzen, rufen wir trotz allem auch in diesem Jahre: Viel Glück im neuen Jahre!

F. Leuninger



Zum Neuen Jahr

entbieten wir allen Mitgliedern,
 Freunden und Förderern des
 Verbandes die herzlichsten
 Glück- und Segenswünsche

Verbandsvorstand,
 Verbandsauschuß u. Redaktion

gelernt hat. Sie muß zeigen, daß die Arbeiterschaft auch dann treu zur Fahne steht, wenn es auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht möglich ist, Verbesserungen zu erreichen, sondern es gilt, das Erreichte zu halten.

Vor diese Aufgabe werden wir im kommenden Jahre gestellt werden. Noch ist die Lohnabbaupolizei nicht überwunden;

Woher Geldmittel für den Wohnungsbau?

Der Reichsfinanzminister hat das Wort

Bekanntlich sah das erste Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung, das am 30. September 1930 herauskam, eine Kürzung der Wohnungsbauanteile aus dem Hauszinssteuererlösen um rund 400 Mill. Reichsmark vor, und zwar sollte diese Kürzung um die Hälfte der bisherigen Wohnungsbauanteile zum Zwecke der Entlastung der Realsteuern erfolgen. Der Deutsche Werkbund hat daraufhin mit feiner Vehemenz gegen eine Kürzung der Wohnungsbauanteile und gegen die Drückelung der Bauzins erhoben, und man kann wohl sagen, daß dieser Protest seitens unserer Gewerkschaften mit die Ursache war, daß der Rat in seiner Sitzung am 20. November 1930 beschlossen hat, die Regierungsvorlage über die Kürzung der Mittel aus der Hauszinssteuer für Wohnungsbau, so zu ändern, daß die Mittel fast um die Hälfte ein Drittel gekürzt werden sollen. Entsprechend die Realsteuern nur in den Gemeinden gestellt, wo sie über dem Landesdurchschnitt liegen, nunmehr herausgelassene Mittelverordnung über den Reichs- und Finanzplan vom 1. Dezember 1930 folgt zwar diesem Wunsch, aber damit ist

noch in keiner Weise irgendwie ein jester Betrag genannt, der nun tatsächlich für den diesjährigen Wohnungsbau als Zuschuß in Betracht kommt. Wenn man zunächst eine mehr oberflächliche Rechnung macht, so könnte man annehmen, daß die Umänderung der Kürzung von der Hälfte auf ein Drittel eine runde Summe von etwa 600 Mill. RM. statt bisher 800 bis 850 Mill. RM. ergibt, aber nun kommt noch eine unbekannte Größe. Diese unbekannte Größe liegt in dem vorher schwer zu errechnenden Betrag, wie hoch sich die Gesamtsumme des Realsteuererlöses gerade dieser Gemeinden stellt, deren Realsteuern über den Landesdurchschnitt liegen. Je nach dem Ausfall des noch unbekanntem Realsteuererlöses und der Realsteuerverhöhe in den einzelnen Gemeinden werden sich die öffentlichen Wohnungsbauanteile vermehren oder, was nach den bisherigen trübten Erfahrungen leider eher zu erwarten ist, vermindern. Nehmen wir bestenfalls an, daß uns auf Grund des Reichsratsbeschlusses nach der Kabinetsverordnung tatsächlich 550 bis 600 Mill. RM. öffentliche Mittel zur Verfügung stehen werden, so sind von dieser Summe 80 Mill. RM., die für die Wirtschaftspolitik und Zinsverbilligung des Reiches abgehen, 40 Mill. RM. gehen für die ländliche Städtebauanteile (die nur teilweise den Wohnungsbau mit übernehmen

ZJ 131
 Nr. 17 vergiffen
 Titel und Inhaltsverzeichnis nicht erschienen.
 Jahrgang 1931 mit 152 abgeschlossen.
 Mit ...
 Nr. 9. 5. 32

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 1 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 5. Januar 1931

An der Schwelle zweier Jahre

„Die Zukunft noch ein fest verschlossen Buch von ahnungsvollem Grauen hang umwittert,
Die Gegenwart ein quälend Siedtum, das im Lob nur seine wahre Heilung findet,
Und die Vergangenheit gab höhrend für einen Tropfen Freud ein Meer von Schmerz.“

Diese Worte haben ganz besondere Geltung für unser deutsches Volk, für das vergange, und für das kommende Jahr. Ausgangspunkt für alle staats- und wirtschaftspolitischen Erwägungen ist und wird auch in der nächsten Zukunft unsere außenpolitische Lage sein. Zweifellos war die vollständige Räumung des Rheinlandes, welche das erste Ziel der deutschen Außenpolitik der vergangenen Jahre war, ein Erfolg für Deutschland. Wer den ungeheuren Jubel und die Festesfreude der rheinischen Bevölkerung miterlebt hat, kann ermessen, unter welchem seelischen Druck die Menschen am Rhein während der letzten zehn Jahre gestanden haben. Trotz dieses Erfolges muß gesagt werden, daß sich die außenpolitische Situation des deutschen Volkes im vergangenen Jahre eher verschlechtert als verbessert hat. Die Erleichterungen, welche der Youngplan uns bringen sollte, sind nicht eingetreten. Durch das starke Sinken der Weltmarktpreise sind, relativ gesehen, unsere Reparationslasten gestiegen. Jede Mark, welche wir dem Ausland an Reparationen zahlen müssen — darüber muß sich auch der letzte Deutsche klar sein, — fehlt uns im Inland. Hinzu kommt, daß durch die Handlungsweise verantwortungsloser Menschen im Inland das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft und zum deutschen Volk geschwächt wird. Unsere ungeklärten innerpolitischen Verhältnisse haben die seit Jahren betriebene, die deutsche Volkswirtschaft ungeheuer schädigende Kapitalflucht noch vergrößert. Dieselben Menschen, welche mit Schuld sind, daß wir im Innern nicht zur Ruhe kommen, bringen ihr Geld ins Ausland und entziehen so der deutschen Wirtschaft das unbedingt notwendige Kapital.

Diese Dinge haben wesentlich zu der ungeheuren Wirtschaftskrise beigetragen, wie wir sie im vergangenen Jahre erleben mußten und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Erwerbslosenzahlen haben phantastische Höhen erreicht. Es ist ein sehr schwacher Trost für uns, daß auch die anderen Industrieländer der Welt ähnliche wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Wenn England und Amerika in der Lage sind, auf Jahre hinaus diese große Arbeitslosigkeit zu tragen, so gilt dieses durchaus nicht für Deutschland. Das gesamte deutsche Volk muß sich darüber klar sein, daß 3-4 Millionen Menschen, welche arbeiten wollen, arbeiten können, aber auch arbeiten müssen um leben zu können, denen aber die Möglichkeit zum Arbeiten nicht gegeben ist, eine ungeheure Gefahr für den Bestand des Staates und der Gesellschaft sind.

Am stärksten an dem Erwerbslosenproblem interessiert ist natürlich die Arbeiterschaft. Einmal weil sie diese Geißel zuerst zu spüren bekommt und weil auch im Zeitalter der Tarife das Wort von „der Reservearmee des Kapitalismus“ noch Geltung hat. Daß es noch in seinem bösen Sinne gewertet wird, beweist uns der Ansturm gegen die Sozialversicherung und die Tarifverträge im Jahre 1930. Wohl noch nie hat die Sozialversicherung und der Tarifvertrag so im Brennpunkt der Erörterung gestanden, als im vergangenen Jahre. In weitesten Kreisen redete man sich in den Wahn hinein, daß wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur beheben könnten, wenn bei der Arbeiterschaft rücksichtslos abgehört würde. Die Begründungen für diese Forderungen waren verschieden. Die zynischste gab wohl vor einigen Tagen ein Landbundführer in einer Bauernversammlung, indem er sagte: „Die Arbeiterschaft ist der einzige Stand, welcher von den Folgen des Krieges noch nichts gespürt hat.“

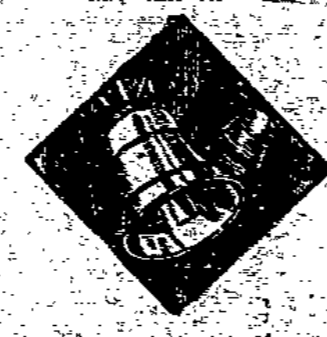
Wenn trotzdem im wesentlichen das Erreichte gehalten werden konnte, so ist das ausschließlich auf die Aktivität der Gewerkschaften zurückzuführen. Diese Aktivität wiederum war nur möglich durch die treue und zähe Mitarbeit unserer Vertrauensleute im Lande. Nicht jene, welche abseitsstehen und nur nörgeln, haben die Arbeiterschaft vor größerem Schaden im vergangenen Jahre bewahrt, sondern jene, welche ohne auf Dank zu rechnen, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt haben. Die Zukunft wird zeigen, ob die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aus der Vergangenheit

noch tobt der Kampf um die Sozialversicherung in unverminderter Heftigkeit weiter. Ganz besonders vor uns, als Bauarbeiter, liegen schwere Monate. Der Neuabschluss des Reichstarifvertrages und der Ablauf der Lohnsätze werden uns vor weittragende Entscheidungen stellen. Freunde, objektive Urteiler aus anderen Kreisen haben wir wenige, die Bruderverbände haben zu tun, um das eigene Haus zu schützen; wir werden nur auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein. Diese Lasten in die Köpfe aller Bauarbeiter einzuhämmern, ist Aufgabe der nächsten Wochen. Nicht durch Demonstrationen, aber auch nicht durch verbittertes oder gleichgültiges Abseitsstehen, werden wir das Schicksal meistern können, das Letztere wäre das Gefährlichste. Die Wirtschaftskrise wird überwunden werden; wir haben nur dafür zu sorgen, daß diese Krise nicht benutzt wird, um die Arbeiterschaft um Jahrzehnte in ihrer Entwicklung zurückzuwerfen.

Die Arbeiterschaft will, das muß auch am Anfang dieses Jahres wieder klar und deutlich gesagt werden, keine Sonderstellung innerhalb des Staats- und Volkslebens. Was sie will, ist Arbeit, und durch ihre Arbeit den angemessenen Lebensunterhalt für ihre Familien erwerben. Dazu Gleichberechtigung und Gleichachtung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Allen Bestrebungen, die dahingehen, uns dieses Recht streitig zu machen, wird auch im kommenden Jahre die Christliche Gewerkschaftsbewegung den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Wir wollen auch in Zukunft, so wie wir es in der Vergangenheit getan haben, unsere Pflichten gegenüber Volk und Vaterland erfüllen.

Möge vor allen Dingen in unserem tiefgeprüften Lande der unselige Bruderkampf, wie er leider im Jahre 1930 geführt wurde, im Jahre 1931 aufhören. Die jüngste Vergangenheit hat doch klar genug bewiesen, daß wir nur als Gesamtvolk aufsteigen oder als Gesamtvolk untergehen können. Hoffentlich führt die Not, von der gesagt wird, daß sie zusammenführt, auch das deutsche Volk endlich zusammen. Wir als christliche Arbeiter wollen auch hier helfen, soweit wir dazu in der Lage sind. Mit dem Glauben an das deutsche Volk verbinden wir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Wir glauben an unser Volk und hoffen auf die Zukunft, weil wir Volk und Vaterland lieben. Mit diesem Dreiklang des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe im Herzen, rufen wir trotz allem auch in diesem Jahre: Viel Glück im neuen Jahre!
F. Penninger.



Zum Neuen Jahr

entbieten wir allen Mitgliedern, Freunden und Förderern des Verbandes die herzlichsten Glück- und Segenswünsche

Verbandsvorstand,
Verbandsausschuß u. Redaktion

gelernt hat. Sie muß zeigen, daß die Arbeiterschaft auch dann treu zur Fahne steht, wenn es auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht möglich ist, Verbesserungen zu erreichen, sondern es gilt, das Erreichte zu halten.

Vor diese Aufgabe werden wir im kommenden Jahre gestellt werden. Noch ist die Lohnabbauphobie nicht überwunden;

Hoher Geldmittel für den Wohnungsbau?

Der Reichsfinanzminister hat das Wort

Bekanntlich sah das erste Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung, das am 30. September 1930 herauskam, eine Kürzung der Wohnungsbauanteile aus dem Hauszinssteuerertrag um rund 400 Mill. Reichsmark vor, und zwar sollte diese Kürzung um die Hälfte der bisherigen Wohnungsbauanteile zum Zwecke der Senkung der Realsteuern erfolgen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat daraufhin mit seiner vielbeachteten Eingabe vom 8. November 1930 scharfsten Einspruch gegen eine Kürzung der Wohnungsbauanteile und gegen die Drofflung der Bauantizität erhoben, und man kann wohl sagen, daß dieser scharfe Protest seitens unserer Gewerkschaftsrichtung mit die Ursache war, daß der Reichsrat in seiner Sitzung am 20. November 1930 beschlossen hat, die Regierungsvorlage über die Kürzung der Mittel aus der Hauszinssteuer für Wohnungsbauzwecke so zu ändern, daß die Mittel statt um die Hälfte nur um ein Drittel gekürzt werden sollen. Entsprechend sollen die Realsteuern nur in den Gemeinden gesteuert werden, wo sie über dem Landesdurchschnitt liegen.

Die nunmehr herausgekommene Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 folgt zwar diesem Wunsch, aber damit ist

noch in keiner Weise irgendwie ein jester Betrag genannt, der nun tatsächlich für den diesjährigen Wohnungsbau als Zuschuß in Betracht kommt. Wenn man zunächst eine mehr oberflächliche Rechnung macht, so könnte man annehmen, daß die Umänderung der Kürzung von der Hälfte auf ein Drittel eine runde Summe von etwa 600 Mill. RM. statt bisher 800 bis 850 Mill. RM. ergibt, aber nun kommt noch eine unbekannte Größe. Diese unbekannte Größe liegt in dem vorher schwer zu erreichenden Betrag, wie hoch sich die Gesamtschulden des Realsteuerertrages gerade dieser Gemeinden stellen, deren Realsteuern über den Landesdurchschnitt liegen. Je nach dem Ausfall des noch unbekanntem Realsteuerertrages und der Realsteuerhöhe in den einzelnen Gemeinden werden sich die öffentlichen Wohnungsmittel vermehren oder, was nach den bisherigen trübten Erfahrungen leider eher zu erwarten ist, vermindern. Nehmen wir bestenfalls an, daß uns auf Grund des Reichsratsbeschlusses und der Notverordnung tatsächlich 550 bis 600 Mill. RM. öffentliche Mittel zur Verfügung stehen werden, so sind von dieser Summe 80 Mill. RM., die für die Bürgerliche Aktion und Zinsverbilligung des Reiches abgehen, 40 Mill. RM. gehen für die ländliche Siedlungsarbeit (die nur teilweise den Wohnungsbau mit Überwinden

hilt) ab und 40 Mill. RM. bekommt der Althausbesitz für Ausbesserungsarbeiten als Darlehen zugewiesen. So blieben alles in allem für den reinen Wohnungsbau doch nicht mehr öffentliche Mittel übrig, als die von uns als unzulänglich angesehene Summe von 400 Mill. RM. Und wenn gar die Erhebung über die Durchschnittshöhe der Realsteuern in den einzelnen Gemeinden ergibt, daß eine große Anzahl Gemeinden mit einer erheblichen Gesamtsteuereinnahme über dem Landesdurchschnitt liegt, so werden die Mittel für den Wohnungsbau noch weiter beschränkt werden.

Das sind für die gesamte Bautätigkeit um so trübere Aussichten, als bekanntlich auch die öffentliche Bautätigkeit durch die großen Einsparungen der öffentlichen Hand wesentlich eingeschränkt wird und auch der gewerbliche Bau bei der schlechten Wirtschaftslage in vielen Industriezweigen sicherlich im kommenden Jahr keine Ausdehnung sondern wahrscheinlich noch eine weitere Einschränkung erfährt. Wenn der verantwortliche Leiter der deutschen Reichsfinanzien, Reichsfinanzminister Dietrich, in der ausschlaggebenden Sitzung des Reichsrates erklärt hat, daß vom Standpunkt des Reichsfinanzministeriums aus betrachtet, ein Kapitalverbrauch, wie ihn die Bauwirtschaft in den Jahren 1928 und 1929 mit je 8 Milliarden in öffentliche und industrielle Bauten verbaut habe, für ein kapitalarmes Land wie Deutschland nicht zugänglich wäre und daß das Wohnungsbedürfnis mit viel kleineren Summen befriedigt werden könnte, so sind das Ausführungen, die allen praktischen Erfahrungen zuwiderlaufen. Ebenso problematisch ist die etwas einseitige Auffassung Dietrichs, daß eine Überführung der öffentlichen Bauwirtschaft in die Hand der privaten schon deshalb notwendig wäre, weil die öffentliche Hand reichlich teurer gebaut habe und weil die Bauwirtschaft ohne private Initiative auf die Dauer nicht bestehen könne. Zuviel erhofft sich der Reichsfinanzminister von einer Belebung der Bautätigkeit durch die Senkung der Realsteuern.

Wir haben schon die Unmöglichkeit der Beschaffung ausreichenden Kapitals vom freien Kapitalmarkt für den Wohnungsbau unter den gegenwärtigen Verhältnissen wiederholt klargestellt. Die Beschaffung von Baukapital vom freien Kapitalmarkt wird aber durch die Verordnung der Festsetzung eines Zinszuschlages für die am 1. Januar 1932 fälligen Aufwertungshypotheken noch weiter sehr erschwert. Diese Verordnung befragt nicht mehr und nicht weniger, als daß die bisher mit 5 Prozent zu verzinsenden Aufwertungshypotheken des Althausbesitzes ab 1. Januar 1932 einen Zinszuschlag um 2½ Prozent, also auf insgesamt 7½ Prozent erhalten. Diese hohe Verzinsung entspricht unter Berücksichtigung der bestehenden Verwaltungskosten dem gegenwärtigen Pfandbriefzins von 7 Prozent. Als Folgen dieser Zinserhöhung der Aufwertungshypotheken des Althausbesitzes werden in der Praxis für die Beschaffung des Baukapitals sich insofern große Schwierigkeiten ergeben, als dadurch auf dem Althausbesitz noch weiterhin Hypotheken festliegen und einzufrieren, die bei einem niedrigeren Zinsfuß sicherlich vom Gläubiger abgelöst und auf den allgemeinen Kapitalmarkt, vielleicht gar auf den Neubaumarkt geworfen würden. Wenn erhebliche Beträge der Aufwertungshypotheken auf dem freien Kapitalmarkt geworfen würden, so würden sicherlich wiederum beträchtliche Summen zum Anlauf von Pfandbriefen, also zur mittelbaren Beschaffung von erlösbaren Hypotheken für den Wohnungsbau Verwendung finden, andere Beträge würden den öffentlichen Sparkassen zufließen, denen es sodann ermöglicht würde, weitere Beträge zu einem angemessenen Zinsfuß für die Neubautätigkeit bereitzustellen. Da die öffentlichen Sparkassen

schon bis an die Grenze des Möglichen mit der Hergabe von erstklassigen Hypotheken für die Neubautätigkeit gegangen sind, so wäre ein solcher Zufluß aus abzulösenden Aufwertungshypotheken nur zu begrüßen gewesen. Gewiß sprechen auch einige Gründe für einen Zinszuschlag für Aufwertungshypotheken, damit nicht plötzlich sämtliche Aufwertungshypotheken seitens der Gläubiger eine Kündigung erfahren und der Kapitalmarkt von anderer Seite wieder einen Stoß erleidet, aber hier hätte ein besseres Abwägen der Wirkungen erfolgen müssen. Bei den zu hohen Zinsfüßen in Deutschland für sichere erstklassige Hypotheken könnte man hier praktisch mit einer Senkung vorangehen.

Der Reichsregierung und dem Reichsfinanzminister obliegt nunmehr die Verantwortung, ihr Versprechen in die Tat umzusetzen und ausreichende Kapitalien zu niedrigerem Zinsfuß für den Wohnungsbau bereitzustellen. Denn nur unter dieser Voraussetzung, daß die verantwortlichen Stellen eine feste Garantie zur Beschaffung ausreichender Mittel vom freien Kapitalmarkt geben, hat die Notverordnung mit ihrer Senkung der Realsteuern und Schmälerung der Wohnungsbaumittel sittliche Berechtigung. Der Reichsfinanzminister hat nunmehr das Wort, uns zu erklären, welchen festen Aussichten er hinsichtlich der Kapitalbeschaffung für das neue Baujahr machen kann. Die Zeit drängt!

Streitverfahren und Spruchpraxis in der Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenversicherung ist ein Zweig der Sozialversicherung. Darum hat man zur Durchführung des Streitverfahrens, soweit es Unterstützungsfragen, also die Leistungen, betrifft, die Behörden der Reichsversicherungsordnung, die Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt, herbeigezogen.

Der Antrag auf Unterstützung ist von dem Arbeitslosen persönlich beim Arbeitsamt zu stellen, in dessen Bezirk er augenblicklich seinen Wohnort hat. Ueber den Antrag entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamtes. Letzterer bestimmt auch, wann eine gewährte Unterstützung zu entziehen ist. Gegen die Entscheidungen des Vorsitzenden kann innerhalb zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes erhoben werden, und zwar von jedem, der an der Abänderung der Entscheidung ein berechtigtes Interesse hat. Dieses können außer dem Arbeitslosen auch seine Familienangehörigen sein, sowie Fürsorgeverpflichtete (auch Gemeinden) und wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Gegen die Entscheidung des Spruchauschusses ist binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung die Berufung bei der Spruchkammer zulässig. Eine Spruchkammer ist bei jedem Landesarbeitsamt gebildet, besteht aber aus dem Vorsitzenden des in dem betreffenden Bezirk gelegenen Oberversicherungsamtes und je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, die dem Oberversicherungsamt angehören. Die Berufung kann von dem Arbeitslosen selbst eingelegt werden, aber auch von dem Vorsitzenden oder jedem Beisitzer des Spruchauschusses, dessen Entscheidung angefochten wird. Jedoch ist die Berufung nur zulässig, wenn der Spruchauschuß

1. die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes abgeändert, oder
 2. sie zwar bestätigt, aber nicht einstimmig bestätigt, oder
 3. sie zwar einstimmig bestätigt, aber die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles mit Mehrheit ausdrücklich für zulässig erklärt hatte.
- Hat der Spruchauschuß die Entscheidung des Arbeitsamtesvorzinsenden bestätigt, so ist dem Arbeitslosen bei der Bekanntgabe der Entscheidung mitzuteilen, ob letztere einstimmig getroffen worden ist, und ob gleichwohl die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles zugelassen worden ist. Ueberhaupt ist der Arbeitslose stets über weitere Rechtsmittelmöglichkeiten zu belehren.

Handelt es sich bei einer Entscheidung des Spruchauschusses beim Arbeitsamt um Krüsenunter-

stützung, so ist die Berufung an die Spruchkammer des Landesarbeitsgerichts nur zulässig, wenn der Spruchauschuß seine Entscheidung nicht einstimmig getroffen hat.

Die Entscheidungen der Spruchkammern sind grundsätzlich endgültig. Das Reichsversicherungsamt als oberste Instanz tritt nur in besonderen Fällen in Funktion. Es kann aber nicht vom Antragsteller selbst angerufen werden. Wenn es sich um eine Auslegung von grundsätzlicher Bedeutung handelt, über die das Reichsversicherungsamt noch keine grundsätzliche Entscheidung getroffen hat, so kann die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes die Sache an den Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes abgeben. Will die Spruchkammer aber von einer schon vorliegenden grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes abweichen, so muß sie die Streitfrage an das Reichsversicherungsamt abgeben. Stimmt der Spruchsenat der Gesetzesauslegung der Spruchkammer zu, so wird die Entscheidung der letzteren einfach bestätigt, und die Sache ist endgültig erledigt. Stimmt der Spruchsenat nicht zu, so hat er seine eigene rechtliche Beurteilung darzulegen und die Streitfrage an die Spruchkammer zurückzuverweisen. Letztere hat dann die endgültige Entscheidung zu treffen, allerdings hierbei die Rechtsgrundsätze zu berücksichtigen, die das Reichsversicherungsamt in seiner Entscheidung aufgestellt hat.

Der Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes hat schon zahlreiche grundsätzliche Entscheidungen getroffen, die von den Instanzen der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden müssen. Einige der in letzter Zeit aufgestellten Grundsätze seien mitgeteilt:

1. Bezüglich des Familienzuschlages ist entschieden worden, daß die geschiedene Ehefrau des Arbeitslosen keine Angehörige ist, die Anspruch auf den Zuschlag hat, auch, wenn sie einen Unterhaltsanspruch an den früheren Ehegatten hat.
2. Eine vereinbarte Urlaubsbekanntmachung, die ein Arbeitnehmer nach Ausscheiden aus dem Betriebe nach Ablauf des tariflichen Urlaubsjahres erhält, ist nicht auf die zu gewährenden Arbeitslosenunterstützung anzurechnen.
3. Die Bestimmung, daß die Beratung des Gerichts nach Verhandlung der Streitfrage geheim sein muß, wird nicht dadurch verletzt, was bei der Beratung auch Personen zugegen sind, die bei den Spruchbehörden beschäftigt sind, und denen der Vorsitzende die Anwesenheit zu ihrer Ausbildung gestattet hat.

Altdentsches Neujahr

Die schöne Sitte der Weihnachtsfeier hat sich erst spät unter dem strahlenden Christbaum entwickelt. Das ganze Mittelalter hindurch bis hinein in die Renaissance ist die gegenseitige Bescherung am Neujahrstage fast. Ihr Sinn ist der gute Beginn des neuen Jahres, die Geschenke sollen gleichsam Saat sein, die im kommenden Jahre hundertfältige Frucht bringe.

Die mittelalterliche Neujahrbescherung war nicht so reichlich wie die weihnachtliche. In manchen Gegenden wurden sogar nur Kinder und weibliche Angehörige beschenkt. Sonst besaßte man sich gegenseitig, brachte einen Kuchen oder eine Torte mit, worauf ein lustiges Sprüchlein stand, beglückwünschte sich, und dann folgte regelmäßig ein reiches Essen und Trinkelgelage, wobei Keller und Kasse reichlich. Hierbei ging es sehr ausgelassen zu, insbesondere war es üblich, sich im Scherz Neujahrswünsche gegenseitig anzuspülen. Auch Neujahrstuden waren beliebt, überhaupt glück die alte Neujahrfeier einer verklärten Festzeit. Auf alten Kalenderbildern ist der Januar als lustiger Mann dargestellt, der auf beiden Seiten laut und in der Hand einen gefüllten Becher schwingt. Vielleicht hat diese Neujahrfeier ihren Ursprung an dem Ende, wo der Januar der arbeitsfreie Monat ist und kein Charakter gut durch Versuchen der angenehmen Fortüte dargestellt wird.

Ein eigentlicher Neujahrstrunk wird im „Reichsbuch des Sebastian Junck“ erzählt. Danach gehen die ledigen Kerle in der ganzen Neujahrnacht mit Gläsern be-

waffnet von Haus zu Haus. Sie klopfen an die Tür, singen, klingeln und vollführen allerlei Lärm, bis ihnen geöffnet wird. Dann aber beginnen sie auf alle Inwohner, insbesondere auf den Hausvater, große Lobhudeleien und Glückwünsche herzujaugen, bis sie mit reichlichem Geiselt entlassen werden. — Auf diese Weise lustigen die Wirtshäuser, die sonst bei der Bescherung wohl leer ausgegangen wären, zu dem übrigen zu kommen. Vielleicht personifizierten sie auch das neue Jahr, das hier härmlich klopfend Einlaß begehrt, und die Lobhudeleien sind all die tausend schönen Hoffnungen, die man sich vom kommenden Jahre macht.

Dieser Brauch ist in den jüdischen Städten, besonders in Nürnberg, in eine höhere Sphäre gehoben worden. Dort entstand daraus die Sitte des „Klopfens“. In der Frühe des Neujahrstages klopfen man an die bescheidenen Tür und sagt, wenn geöffnet wird, einen „Klopfen-Spruch“, der Glückwünsche in heiterer Form enthält. Er beginnt immer mit dem Worte Klopjan. Wir haben aus der Wende des Mittelalters zur Neuzeit eine beträchtliche Zahl solcher Sprüche erhalten. Einen des Barbiere und Dichters Hans Folz, setzen wir hierher.

Klopjan, Klopjan,
 ein gut jar ge uns an,
 pipä ein junger mann,
 so mach alle jelt hann,
 und in dem jar ein mag-
 dlein,
 pipä dan ein jünge maidl,
 so geb dir Got alle jallheit

und in dem jar ein jüngen
 mann,
 Ich sprach aber, Klopjan,
 pipä dan ein alcz weib,
 on des leujels hoj ich dich
 jchreib,
 der sol sein dein preitigan.

Das neue Jahr

Mit der Freude zieht der Schmerz
 Traulich durch die Seiten;
 Schwere Stürme, milde Weste
 Lange Sorgen, frohe Feste
 Wandeln sich zur Seiten.

Und wo eine Träne fällt,
 Blüht auch eine Rose.
 Schon gemischt, noch eh' wir's bitten,
 Ist für Throne und für Hüften
 Schmerz und Lust im Dose.

Was's nicht so im alten Jahr
 Wird's im neuen enden?
 Sonnen wallen auf und nieder,
 Wolken gehn und kommen wieder
 Und kein Mensch wird's wenden.

Geb' denn, der über uns
 Wägt mit rechter Waage,
 Jedem Gut für seine Freuden
 Jedem Mut für seine Leiden
 In die neuen Tage.

Jedem auf des Lebens Pfad
 Einen Freund zur Seite,
 Ein zufriedenes Gemüt
 Und zu stiller Vergnügung
 Hoffnung ins Geleit!

Job. Pet. Sedel

4. Eine häusliche Gemeinschaft des Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber, die ersteren in der Land- und Forstwirtschaft von der Versicherungspflicht befreit, ist nicht als eine solche anzusehen, wenn der Arbeitgeber eine juristische Person, z. B. eine Aktiengesellschaft, ist.

5. Zu den Gründen, die zur Ablehnung einer angebotenen Arbeit berechtigen, tritt noch die Möglichkeit hinzu, eine Arbeit abzulehnen, die gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten verstößt.

Es kommt sehr häufig vor, daß die Arbeitsamtsvorstehenden, aber auch die Spruchkammern solche vom Reichsversicherungsamt aufgestellten Grundzüge nicht berücksichtigen. Dann ist es Sache des Arbeitlosen, sich der zahlreich bestehenden Sekretariate der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung zu bedienen. Diese kennen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und sind auch mit der Spruchpraxis der entsprechenden Behörden vertraut. —ft.

Silige Maurerarbeiten bei Frost

(Nachdruck verboten.)

Die Behinderung des Bauens während der kalten Jahreszeit ist hauptsächlich auf die Einstellung von Maurerarbeiten während der Frostperiode zurückzuführen. Diese alljährlich wiederkehrende Kalamität wird aus Gründen mannigfacher Art überall recht störend, und das namentlich im Verkehrsweisen, empfunden. Man hat daher nach Wegen und Mitteln gesucht, um wenigstens eilige Maurerarbeiten unter besonderen Umständen auch noch während der kalten Jahreszeit durchführen zu können.

Wom Zementmörtel wissen wir, daß er im allgemeinen dem Frost widersteht, sobald er ein gewisses Alter erreicht hat. Dagegen wirkt die Kälte verzögernd und unterbrechend auf den Abbinde- und Erhärtungsprozeß.

Bei Maurerarbeiten, bei denen man mit Unterbrechung durch Frostwetter rechnen muß, wird man daher gegebenenfalls seine Zuflucht zu künstlichen Mitteln nehmen, welche den Bindeprozeß beschleunigen. Ein Verfahren dieser Art besteht in der Verwendung lauwarmen Wassers, in dem kalzinierte Soda gelöst ist. Diese ist teurer als kristallisierte, aber das Arbeiten damit wird doch wohlfeiler, weil man nur etwas mehr als ein Drittel davon braucht. Eine französische Eisenbahn-Gesellschaft hat diesen chemischen Zusatz während des eiligen Bauens von Böschungen mit Erfolg benutzt. Da man es mit besonders unbeständigem Gelände zu tun hatte, so war es nicht möglich, bis zum Frühjahr mit den Bauarbeiten zu warten, ohne die Strecke bedenklichen Einstürzen auszuweichen. Andererseits bot der Frost die günstige Gelegenheit, die infolge der Kälte zusammenhaltenden Erdmassen durch das Mauerwerk zu sichern, so daß man an Blendwerk sparen konnte.

Bei diesen Arbeiten wurde durchschnittlich 1 Kilo Soda in 12 Kilo Wasser gelöst. Nach den gemachten Erfahrungen genügt diese Mischung bei Frost bis zu 10 und sogar bis zu 15 Grad Celsius. Bei größerer Kälte mußte der Sodazusatz beträchtlich erhöht werden. Daher liegt der Gehalt an Soda auf das Doppelte bei der Herstellung eines Sammelgrabens während besonders großer Kälte. Der Abbindeprozeß wurde dabei derartig beschleunigt, daß man mit derselben Vorsicht wie bei schnellbindenden Zementen verfahren mußte. Bei weniger scharfen Frösten kam man mit einem Gehalt an Soda von 1 Kilo auf

Am 3. Januar 1931 ist der erste Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

15 Liter Wasser aus. Aber es scheint nicht ratsam, den Sodazusatz noch weiter zu vermindern. Ein derartiger Versuch soll jedenfalls dann nicht gemacht werden, wenn während der Bauzeit mit plötzlicher Erhöhung der Kälte gerechnet werden muß.

Gewiß bringt dieses Verfahren eine Erhöhung der Baukosten mit sich. Die Mehrausgaben sind jedoch im Vergleich zu der dadurch gewonnenen Möglichkeit, eilige Maurerarbeiten auch bei Frost fortsetzen zu können, unbedeutend. Die erwähnte Eisenbahn-Verwaltung hat nach dem hier erröteten Verfahren planmäßig in fünf aufeinander folgenden Jahren Maurerarbeiten auch bei erheblicher Kälte durchgeführt. Die Bauleitung gewann dabei die Ueberzeugung, daß die durch den Sodazusatz verursachten Ausgaben in der auf diesem Wege gewonnenen Zeiterparnis ihre volle Rechtfertigung finden. Erwähnenswert ist auch die Verringerung der Unfallgefahr infolge des guten Zusammenhaltens der gefrorenen Erdmassen.

Eine Lösung des Problems der Maurerarbeiten bei Kälte hat nicht nur große technische Bedeutung, sondern muß auch in sozialpolitischer Hinsicht als erwünschte Maßregel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe während der kalten Jahreszeit, also als Mittel zur Verlängerung der jährlichen Bauperiode gewertet werden. Der Fortgang der Bauarbeiten bringt ja nicht nur den damit direkt Beschäftigten Verdienst, sondern macht wiederum auch die Fortsetzung der weiteren Bauausführungen möglich.

Ing. P. Max Grempe, Berlin-Friedenau.

Mit Speck fängt man Mäuse

Recht seltsame Blüten zeitigt der groß aufgemachte Preisabbau. Bis jetzt ist in den einzelnen Haushaltungen wenig davon zu spüren. Die meisten Lebensmittel der gleichen Qualität kosten heute schon genau soviel als Anfang des Jahres. Unter dem Druck von Regierung und Öffentlichkeit machen allerdings manche Geschäfte in Preisabbau, indem sie an Stelle der bisherigen guten Ware minderwertigere Ware „billiger“ verkaufen. Man wandte nur den alten Roggkäuferkniff an, daß man die Qualität vertauschte und so eine Preislenkung vortäuschte. Worauf dann viele hereingefallen sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch der eine oder andere Artikel beträchtlich billiger geworden ist. Besonders in der Bekleidung, deren teils beträchtlicher Preisrückgang der werktätigen Bevölkerung kaum zugute kommt, da sie sich bei ihren Einkäufen auf die Lebensmittel beschränken muß.

Jedenfalls hat der Preisabbau bisher auch nicht annähernd mit der Lohnsenkung gleichen Schritt gehalten. Und es scheint schon so zu sein, daß bei manchen Leuten, denen es lediglich auf eine Lohnsenkung ankommt, der Preisabbau als Aushängeschild für eine um so wirksamere und größere Lohnsenkung herhalten muß. In dieser Ueberlegung kommt man um so mehr, als viele Werkskonsumantinnen in den Industriegebieten eine Reihe von Lebensmitteln weit unter dem eigenen Einkaufspreis abgeben. Kein Geschäft kann vom dauernden Verlust leben.

Und so muß hier irgendwo ein Hafen liegen, der das Verlustgeschäft dennoch Gewinn abwerfen läßt. Nach dem bekannten Grundgesetz: Mit Speck fängt man Mäuse, reduziert man die Warenpreise, um die Lohnsenkungen schmaler zu machen. Man verliert an den Waren 1 Million und gewinnt an eingeparteten Löhnen 10 Millionen. Die Industriegeellschaft, der Betrieb und Konsumantist gehören, deckt den Verlust der einen Stelle und streicht den Gewinn der anderen Stelle ein. Ein einbringliches Geschäft für wahr, um so einbringlicher, als man die Warenpreise in dem Augenblicke wieder auf die alte Höhe heraufsetzt, wo die Löhne die erzielte Minderung erfahren haben. Dann ist der Zweck der Uebung erreicht: Niedrige Löhne und hohe Warenpreise. Wogegen wir uns zu wahren haben . . .

Kapitalbildung

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir gern Raum geben:

Wenn man sich über die Besserung unserer wirtschaftlichen Lage unterhält, so kann man sicher sein, aus kapitalistischen Kreisen das Wort zu hören: „Wir brauchen eine vermehrte Kapitalbildung.“

Und wir wollen keineswegs dies Wort völlig verwerfen. Ein modernes Unternehmen braucht viel Kapital. Durch den Währungsverfall in den ersten Nachkriegsjahren wie durch die Tributlasten ist das deutsche Kapital arg zusammengeschrumpft. Wir haben uns einige Jahre damit geholfen, daß wir Schulden beim Ausland machten. Aber das geht nicht so weiter, jedenfalls nicht mehr im Tempo der letzten fünf Jahre. Wir brauchen die Neubildung von Kapital, schon um die Arbeitslosigkeit zu mindern.

Aber es ist nötig, mit allem Nachdruck in den Vordergrund die Kleinkapitalbildung zu stellen. Meist, wenn man von „Kapital“ redet, denkt man an Großkapital. Mit tiefer Beschämung muß gesagt werden, daß Großkapitalbildung in nicht wenigen Fällen für die deutsche Volkswirtschaft unwirksam, ja schädlich wurde, indem nicht unbeträchtliche Summen ins Ausland wanderten. Die Kapitalflucht, von Kennern auf 10 Milliarden RM. geschätzt, nötigt uns vom vaterländischen Denken aus, die Großkapitalbildung hinter die Kleinkapitalbildung zurückzustellen.

Die Bildung von Kleinkapital tritt immer mehr in den Vordergrund, viele Wenig machen ein Viel. Alle Großbanken zusammen haben nicht so viel Kapital wie die deutschen Sparkassen. Diese, die 1923 doch mit dem Nichts beginnen mußten, haben heute schon über 10 Milliarden RM. Einlage, und das sind doch so gut wie ausnahmslos Spargelder kleinerer Leute. Man denke an die Entwicklung unserer Gewerkschaftsbanken, die doch auch mit Arbeitergeldern groß geworden sind, und an die Konsumvereinsbewegung. Mag man sie lieben, mag man sie hassen: sie hat eine gewaltige Entwicklung gehabt. Ebenso ist die Entwicklung der ländlichen Genossenschaften, die allerdings sich starker Staatsunterstützungen erfreuen, und die Entwicklung der handwerklichen Genossenschaften recht beachtlich.

Und wenn man einmal dem Besitz an Großbankaktien auf den Grund gehen könnte, man würde unter den Kleinaktionären manche „kleinen Leute“ finden; mit 100 RM. kann man ja heute Mitbesitzer der Deutschen Bank mit 200 RM. Mitbesitzer der Reichsbank werden.

Altdeutsche Wohnungskultur

Der moderne Sinn steht einer künstlerischen Wohnungskultur weit offen. Gern schweift da unser Blick in eine Zeit zurück, in der wir den Hochstand deutschen Wohnens in Schönheit und Behaglichkeit antreffen. Das ist die letzte Hälfte des 16. Jahrhunderts, hinübergreifend in die ersten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts.

Deutschland lebt wirtschaftlich in üppiger Fülle, und Träger dieses Wohlstandes ist die selbstbewußte Bürgerschaft. Die Gedanken der Renaissance haben den Geist auf diese Seite und Natur gerichtet, und in Lebensfreude will man nun ein behagliches Wohnleben führen. Der altdeutsche Sinn für Heim und Häuslichkeit fördert das neue Streben. So entsteht die bürgerliche Bau- und Wohnkultur der Renaissance, die noch heute nicht genug bewundert werden kann.

Die Renaissance wurzelt gedanklich in der Antike, aber statt deren „edler Einfaß“ finden wir nun entsprechend der neuen Zeitrichtung das konstruktive überall mit glänzendem Prunk überladen. Bewundernswert ist dabei, daß man die Grenze des Geschmacksvollens in sicherem Formgefühl eigentlich nie überschritten hat. In keiner Periode deutscher Geschichte ist der Sinn für Schönheit und guten Geschmack so allgemein und hochstehend gewesen wie damals.

Als Wahrzeichen ihres Selbstbewusstseins und ihres Wohlstandes errichtete die Bürgerschaft ihre prächtigen Rathhäuser, die Berufsverbände führten mit nicht minderem Glanz und in großzügigstem Selbstgefühl ihre Zunfthäuser auf, die reichen Kaufleute ließen sich in vornehmer Verschwendung, aber doch gezügelt von feingebildetem Kunstsinne, märchenhafte

Bohnstätten erbauen. Der kleine Bürger und Handwerker aber tat nach seinen Kräften mit, und erstaunlich ist, was auch er in seinen Grenzen mit sicherem Formgefühl erreichte. In Nürnberg, Ulm, Augsburg, Danzig, Gildesheim, in allen freien Reichsstädten finden wir mehr oder weniger erhaltene stattliche Reste dieses bürgerlichen Glanzes. Das vollständigste Bild dieser Kultur aber finden wir in dem romantischen Rothenburg ob der Tauber. Der Hauptreiz dieser vielberühmten und überlaufenen Stadt besteht sicherlich darin, daß sie gleichsam damals versteinert worden ist, und der Besucher ohne jede Mühe in die längst entschwundenen Zeiten sich zurückträumen kann. Abgesehen von den gotischen Kirchen ist Rothenburg in den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts entstanden, und seitdem ist kaum eine Veränderung in seinem äußeren Bild vorgenommen worden. Sogar die Bahn hält weit draußen vor der Stadt. Rathaus und Kleinbürgerbauten, Tore und Türme und Mauern und Zinnen, Brunnen- und Straßenschmuck, alles zusammen gibt ein einheitliches Bild damaliger Bürgerkultur. Sogar die Inneneinrichtung dieser Häuser ist noch immer die ursprüngliche.

Die Fassade des Renaissancehauses wird äußerlich prächtig gehalten. Ueberall Säulen und Böhlungen, der Giebel ist überreich verziert, kostbare Statuen berühmter Männer sind ein beliebter Augenschmuck. Auch farbenfrohe Blumenreliefs sind sehr beliebt. Wer es sich leisten kann, läßt einen prächtigen Säulenhof anlegen, dazu nach italienischem Muster einen möglichst südländischen Garten. Vom Fuggerehaus in Augsburg heißt es: „Was erzeuget Italien Pflanzen, die nicht dort anzutreffen waren, was findet man darin für Blumenbeete, Bäume, Spring-

brunnen, die mit Erzbildern der Götter verziert sind. . . Wir geseien die königlichen französischen Gärten zu Blois und Tours nicht so gut.“

Der Fußboden besteht im Schlafzimmer aus glattem, sonst aus bemustertem Stein. Nur im Wohnzimmer ist er mit Holzplatten belegt, um im Winter warm zu halten. Wände und Decken sind holzgetäfelt, dunkelbraun, und je nach dem Vermögen des Besitzers ist diese Täfelung behilbert. An Wänden und Decken grünen riesig groß gemalte Sinnprüche. Zur Heizung dienten mit Vorliebe Kaminofen, die mit reicher Bildhauerarbeit versehen werden konnten, sonst auch hohe farbige Kachelöfen. Bilder werden nicht aufgehängt. Als weiterer Zimmerschmuck gelten aufgestellte Statuen und besonders viel stehendes und hängendes Zinngerät. Dieses trinkfreundige Zeitalter hielt immer eine große Menge ungeheurerlichen Geschirrs wie Becher, Kannen und Quappen blankgeputzt bereit, und bot es mit Stolz dem Gaste.

Was wir heute so oft schmerzlich vermessen, das ist die Harmonie zwischen äußerem und innerem Haus, zwischen Bau und Wohnung, zwischen den einzelnen Einrichtungsgegenständen und Zimmern. Der damalige Geschmack war einheitlich und ungebrosen. Beim vornehmen wie beim geringeren Manne herrschte im Heim drinnen und draußen höchste und vornehmste Uebereinstimmung, „Stil“.

Der wilde Dreißigjährige Krieg hat diese Blütezeit bürgerlicher Wohnkultur vollkommen zerstampft. In Verwirrung mußte das Volk seit damals aus neuen Anfängen sich emporarbeiten, die alte künstlerische Höhe aber ist längst nicht wieder erreicht.

Georg Nowotnik.

Sätze der Arbeitslosen-, Saisonarbeiter- und Krisenunterstützung*)

(Ausrechnen und Aufheben!)

Wöchentliches Arbeitsentgelt	Sohn-Klasse	Arbeitslosenunterstützung bei mehr als 52 Woch. Anwartschaft			Arbeitslosenunterstützung bei 26-52 Woch. Anwartschaft			Saisonarbeiterunterstützung (ab 15. Dez. in Kraft)			Krisenunterstützung		
		Hauptunterstützung	Familienzuschlag für Angehörige	Schickung der Familienunterstützung in Familienzuschlag	Hauptunterstützung	Familienzuschlag für Angehörige	Schickung der Familienunterstützung in Familienzuschlag	Hauptunterstützung	Familienzuschlag für Angehörige	Schickung der Familienunterstützung in Familienzuschlag	Hauptunterstützung	Familienzuschlag für Angehörige	Schickung der Familienunterstützung in Familienzuschlag
RM													
1-10	I	6,-	—,40	6,40	6,-	—,40	6,40	6,-	—,40	6,40	6,-	—,40	6,40
10-14	II	7,80	—,60	9,60	7,80	—,60	9,60	7,80	—,60	9,60	7,80	—,60	9,60
14-18	III	8,80	—,80	12,—	8,80	—,80	12,—	8,80	—,80	12,—	8,80	—,80	12,—
18-24	IV	9,87	1,05	15,12	9,87	1,05	15,12	9,87	1,05	15,12	9,87	1,05	15,12
24-30	V	10,80	1,35	17,55	10,80	1,35	17,55	10,80	1,35	17,55	10,80	1,35	17,55
30-36	VI	13,20	1,65	21,45	13,20	1,65	21,45	13,20	1,65	21,45	13,20	1,65	21,45
36-42	VII	14,63	1,95	24,38	13,20	1,95	22,95	13,20	1,65	21,45	10,80	1,35	17,55
42-48	VIII	15,75	2,25	27,—	14,63	2,25	25,88	14,63	1,95	24,38	13,20	1,65	21,45
48-54	IX	17,85	2,55	30,60	15,75	2,55	28,50	14,63	1,95	24,38	13,20	1,65	21,45
54-60	X	19,95	2,85	34,20	15,75	2,85	30,—	15,75	2,25	27,—	13,20	1,65	21,45
über 60	XI	22,05	3,15	37,80	17,85	3,15	33,60	15,75	2,25	27,—	13,20	1,65	21,45

*) Die Höhe der Unterstützung über die Hauptunterstützung hinaus wird errechnet durch Veranschlagung des Familieneinkommens mit der Zahl der Angehörigen des Arbeitslosen, jedoch wird Familieneinkommens im Höchstfalle nur gezahlt in Lohnklasse I für 1 Angehörigen, in Lohnklasse II für 2 Angehörigen, in Lohnklasse III für 4 Angehörigen, in den übrigen Lohnklassen für 5 Angehörigen. Mehr als die in der Tabelle angegebenen Höchstätze wird in keinem Fall gezahlt.

Konzentration der Betriebe bedeutet nicht Konzentration des Besitzes. Und diese Entwicklung gilt es zu fördern.

Wir jagen „Ja“ zu dem, der die Notwendigkeit der Kapitalbildung betont; aber wir weisen darauf hin, daß das Schwergewicht mehr und mehr bei der Bildung von Kleinkapital liegt.

Allgemeine Rundschau

Weiteres verlangsamtes Steigen der Arbeitslosigkeit

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1930 hat die Bewegung am Arbeitsmarkt sich in der ersten Hälfte des Monats Dezember in ähnlicher Weise fortgesetzt wie im vorigen Berichtsdritt. Die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger zeigen vom 30. November bis 15. Dezember eine Zunahme um rund 158 000 auf rund 1 946 000 in der Arbeitslosenversicherung, um rund 37 000 auf rund 603 000 in der Krisenunterstützung; dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Belastung dieser beiden Unterstützungseinrichtungen nur einen Auschnitt aus dem Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit wiedergibt. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres belief sich der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung auf 233 000, womit am 15. Dezember 1929 ein Stand von rund 1 433 000 erreicht wurde.

Die Zahl der Arbeitslosen (verjüngbare Arbeitsjüngende nach Abzug der noch in Stellung oder Notstandsarbeit Beschäftigten) belief sich am 30. November auf rund 3,7 Millionen (berichtigte Zahl); bei der Zählung am 15. Dezember ergab sich ein Anwachsen um rund 278 000 auf rund 3 977 000. Die entsprechende Zahl Mitte Dezember des vorigen Jahres belief sich — nach einer Zunahme um rund 326 000 — auf rund 2 362 000. Ein nicht genau geprüfter Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der wirtschaflichen Not erzwungenen Anordnung zahlreicher, früher nicht als Arbeitnehmer tätiger Kräfte zum Arbeitsmarkt.

Späte Erkenntnis

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 10. Dezember 1930 befindet sich ein Bericht über eine Rundgebung der Sozialdemokratie in Berlin. Auf derselben hat nach dem „Vorwärts“-Bericht der Referent Abgeordneter Heilmann mitgeteilt, der Reichsbankpräsident Dr. Lathar habe festgestellt, daß der Währungs der Nationalsozialisten der Reichsbank, um die deutsche Währung im Ausland zu fixieren, eine Milliarde Gold und dem deutschen Volk eine Million Arbeitslose gekostet habe.

Diese Festgabe dürfte stimmen. Sie zeigt uns, wie wenig politisch geschult das deutsche Volk zum großen Teil noch ist. Es ist aber auf der anderen Seite auch festzustellen, daß im letzten Sommer gerade der „Vorwärts“ durch seine Schreibweise ganz erheblich zu den Wahlen gedrängt, ja die Wahlen geerdert hat. Jetzt zeigt sich die Auswirkung. Die Erkenntnis im „Vorwärts“ kommt daher etwas reichlich spät. Hätte man beim „Vorwärts“ vor der Reichstagsauflösung in dem Maße die staatspolitischen Zustände in den Vordergrund gestellt, wie man es jetzt tut, so wären aus der Lehren der Reichstagswahlen vom 14. September eripiert geblieben.

Die Reparationslasten

Die notwendig es ist, die Reparationslasten zu senken, geht schon aus jeder dieser einseitigen Ueberlegungen hervor. Das deutsche Volk muß jährlich ohne jede Gegenleistung rund 2 Milliarden RM. Tributzahlungen an die ehemaligen Siegermächte abliefern. Damit konnten rund 1 Million Menschen mit einem Jahreseinkommen von durchschnittlich 2000 RM. beschäftigt werden. Am die Zeit wurde also bei Zahlung der Reparationslasten unter

Erwerbslosenziffer gekürzt werden. Im Jahre 1928/29 waren durchschnittlich 1,2 Millionen Arbeitnehmer erwerbslos. Wir hätten also in diesen Jahren keine Erwerbslosen zu haben brauchen.

Zwei Millionen Lohnausfall bedeuten gleichzeitig auch zwei Milliarden Kaufkraftausfall, den man in seinen Auswirkungen weder errechnen noch annähernd schätzen kann.

Das deutsche Volkseinkommen beträgt jährlich 70 Milliarden, davon gehen 2 Milliarden als Tributlast ins Ausland.

Wieviel und welche Schulen haben wir in Deutschland?

Rund 10 Millionen Schüler werden in den 87 200 Schulen, die wir in Deutschland haben, ausgebildet. Von diesen 87 200 Schulen sind rund 52 800 Volksschulen, 29 600 Berufsschulen, 1500 Mittelschulen, 682 Oberrealschulen, 515 Gymnasien und 401 Realschulen.

Aus dem Verbandsleben

Landsberg Ostpr. Am Sonnabend, den 13. Dezember 1930 hielt unsere Verwaltungsstelle eine Weihnachtsfeier verbunden mit dem 20-jährigen Stiftungsfest ab. Die Begrüßung sprach unser Vorsitzender, Kollege Reddig, insbesondere hob er den Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle, den jetzt 75-jährigen Kollegen Steinau hervor. Gemeinjam, dem Feiertag entsprechende Lieder, Gedichte und Bescherung für die Kinder schenken die Feiern, die ausnahmsfähig für gute Gedanken macht. Dann ergriff unser Bezirksleiter, Kollege Liebig, das Wort, der zweifelsfrei die Bedeutung einer Arbeitsstelle hier weilt. Er sprach über die hohe Bedeutung des Weihnachtsgedankens und ermahnte alle Anwesenden, daß sie in der heutigen schweren Zeit zum Zusammenleben unseres Volkes in Frieden und Eintracht beitragen müssen. Und gerade wir als christliche Gewerkschaftler seien in erster Linie dazu berufen, einer dem andern das Leben zu erleichtern. Auch wies er darauf hin, daß unser Vorsitzender, Kollege Reddig, 10 Jahre ununterbrochen den Vorsitz unserer Verwaltungsstelle innehat, und daß während dieser Zeit die Verwaltungsstelle auch unserem Programm entsprechend den richtigen Weg gegangen sei. Er dankte ihm für seine bisherige Tätigkeit und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß er den Vorsitz so lange behalten möchte, bis er sein 75-jähriges Jubiläum als Vorsitzender feiern konnte. Die Frauen unserer Mitglieder mögen diesen als echte Gewerkschaftskameraden zur Seite stehen. Unsere jungen Kollegen haben an ihre fünfjährige Aufgabe, als Bannerträger der Bewegung, zu denken. Die Anrede wurde von allen Anwesenden mit herzlichem Beifall beaknt. Die erste und rechte dem christlichen Sinne entsprechende Familienfeier wird angeordnetlich dazu beitragen, die innere Verbundenheit im Verband zu befestigen.

Köln. Fachgruppe der Dachdecker und Sanflempner. In der letzten Fachgruppenversammlung wurde der Wunsch geäußert, in Zukunft wieder regelmäßig die Fachgruppenversammlungen abzuhalten, um zu den notwendigen jährlichen Fragen besser Stellung nehmen sowie das kollegiale und gesellige Leben besser fördern zu können. Der Vorsitzende, Kollege Gaitow Behrens, drückte den Wunsch aus, daß doch jeder Kollege nach besten Kräften für einen guten Versammlungsbefund sorgen müsse. Der Vorstand besteht aus den Kollegen: Gaitow Behrens, 1. Vorsitzender, Johann Trümper, 2. Vorsitzender, Paul Kommerstücken, Schriftführer, Jakob Hammermann, Beisitzer. Der Kollege Hilpisch hielt einen Vortrag über die Herangehung der Krisenunterstützung. Er wies auf die Ungerechtigkeiten in den Bestimmungen hin, wodurch alle Kollegen vom Bezug der Krisenunterstützung ausgeschlossen sind, die vor dem 30. 11. 1929 ausgesagt wurden. Die Einmütigkeit im Personenkreis, wodurch alle Kollegen in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern

von der Krisenunterstützung ausgeschlossen sind, ist ein weiterer Mangel. Die Existenz des Arbeiters in den kleinen Gemeinden ist ebenso erschüttert wie in den Großstädten. Die Ermächtigung der Präsidien der Landesarbeitsämter, bestimmte Gebiete oder Teile derselben zuzulassen, ist ein schlechter Trost. Umfängliche Verwaltungsarbeit und Nachprüfung, langwierige Verhandlungen, verspätete Entscheidungen und zuletzt fittlich unvermeidbare Ungleichheiten sind die Folge. Eingehend behandelte er die Klagen der alten und neuen Notverordnung. Die Versammlung bedauerte, daß, trotzdem 50 Prozent der Bauarbeiter immer noch durch das Gesetz schlechter gestellt werden, als andere Berufsgruppen. Zum Schluß der Versammlung appellierte der Vorsitzende nochmals an die anwesenden Kollegen, für den Verband zu werben und für guten Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen.

Ubenberg. Am 15. Dezember hielten wir einen Lichtbildabend ab. Ausprache über berufseigene Fragen ist die beste Pflege der Geselligkeit und wurde von uns zugleich angeleitet der schlichten Wirtschaftslage als die beste Form einer Weihnachtsfeier angesehen. Die Kollegen waren zahlreich vertreten. Kollege Schard, Nürnberg, führte uns im Geiste zurück in die Zeit der Armenhäuser und ihre Bautätigkeit. Die Bilder zeigten uns klar, daß der Mensch schon von Anfang an gestrebt hat, sich ein Heim zu schaffen. Aus Bäumen wurden Blochhütten, oder durch Ueberdeckung Lehnhütten hergestellt. In Bergänge hinein grub man Wohnhöhlen; diese Form der Unterkunft feierte im Weistriebe ihre Ueberlebung. Ganz besonders freuten uns die Bilder aus der Zeit der Holzstichtbauten. Besondere Freude erweckte die rheinische Bauweise und die vielfältigen Bauweisen in ungerer Heimat. Die Christlichen Kollege Schard schloß seine Arbeit darauf ein, daß ein jeder durch Arbeit auch zu einem eigenen Heim kommen kann.

Bekanntmachungen

Gestohlen ist das Mitgliedsbuch Carl Bartel, geboren am 11. 10. 1890 in Oberglogau, eingetretet am 27. 3. 1925, Verbandsnummer: 220 832.

Verwaltungsstelle Dortmund.

Bücherschau

Die Beste aus der Kretzengasse, Novelle von Michel Bedet, mit einem Geleitwort von Robert Schloßler. 60 Seiten. Gebunden 1 RM. Geyag-Verlag, Köln 1930.

Die geschichtliche Tat der reiblichen Pioniere von Kachale, in der die Genossenschaft aller Länder den Aufbruch der modernen Genossenschaftsbewegung verehren, findet hier eine beglückend künstlerische Darstellung. Mit fröhlichen Strichen zeigt der rheinische Dichter Michel Bedet in diesem Buche den Zusammenstoß und das Ringen proletarischer Menschen vor uns. Diese historische Novelle, die das Leben der kleinen Leute vor hundert Jahren in England spiegelt, ist aber trotz ihres geistlichen Gegenstandes in ihrer Fragestellung und in ihren Lösungen durchaus gegenwartsgebunden, denn alle ihre Probleme lehren auch in unseren Tagen wieder. Die dem Volksbuche dürfte man weitest Verbreitung wünschen. Der Geyag-Verlag sorgte für eine würdige Ausstattung der Schrift.

„Steuererparnis für Beamte, Angestellte und Arbeiter“ von Hans Schäfer. Verlag Waldemar Rothmann, München R. 23. Preis M. 1,25. Bei der wirtschaftlichen Not und den enormen Steuerabgaben ist es eine soziale Tat, daß der Verfasser in dieser klaren und billigen Schrift alles das zusammengefaßt hat, was jeder selbstbestehende Steuerzahler im Interesse seines Geldbuddels wissen muß. Wer dieses Buch besitzt, lernt die gesetzlichen Bestimmungen über die Steuerabgabe kennen und spart dadurch viel Geld. Verschiedene Muster von Eingaben an das Finanzamt sind eine wertvolle Beigabe. Da jeder selbstbestehende über diese Steuererleichterungen unterrichtet sein muß, kann die Anschaffung dieses Buches nur dringend empfohlen werden.

Mübel - Kamerling Berlin, Kasanienall 56 Speier, Schlutz, Herrenz Kuch, Riessenausw. Spottpreis-Zahlungserl.

Spezialabrit für Fernreiseleitung

Große Lager in La Reiten, erste Reizehlfahrtswagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben; deshalb fordern Sie vor Auftragserteilung umsonst meine Preisliste ab. R. Dren, wo nicht vertreten, Versand ab Sie eieib. C. nis Mosberg, Wi:1 feib 5, Breite Straße 44

In 3 Tagen Nichtraucher Ankauf kostenlos! Sanktas-Depot, Halle a. S. 292 P.

Die Konsumgenossenschaft

Eintracht e. G. m. b. H.

mit ihren 53 Filialen und über 8000 Mitgliedern

ist die Verbraucher-Organisation der eintrachtlichen Bauarbeiter.

Der Mitbewerbskampf ermöglicht preiswerte Warenversorgung der eintrachtlichen Bauarbeiterfamilien. Die Hausfrauen der Bauarbeiter sollen daher nur in den Genossenschaftsläden ihren Bedarf decken.

Bauproduktiv-Genossenschaft

„Eintracht“ e. G. m. b. H.

Dortmund, Schleswiger Straße 21/25

Telefon: 31303

Wir führen aus: Bauarbeiten jeder Art.